

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 604 Postulat Pfäffli Andrea und Mit. über Massnahmen zur Erhaltung des Fachs Religionswissenschaften an der Universität Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Das Postulat P 604 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Andrea Pfäffli hält an der Dringlichkeit fest.

Andrea Pfäffli: Ende Oktober hat die Universität Luzern weitreichende Sparmassnahmen angekündigt. Sparmassnahmen, welche die Struktur und das Profil der Universität Luzern stark treffen. Betroffen ist auch das Fach Religionswissenschaften, ein Fach, welches die Universität Luzern seit ihrer Gründung prägt und heute gesellschaftlich relevanter denn je ist. Zentrales Anliegen des Postulates ist es, dass der Kanton als Träger zeitnah mögliche Handlungsspielräume prüft, welche die Universität zumindest teilweise vor den Folgen der Sparmassnahmen bewahren könnten. Sämtliche Dringlichkeitskriterien sind dabei gegeben. Erstens ist das politische Gewicht aussergewöhnlich hoch. Die spezifische Schliessung des Fachs Religionswissenschaften hat grosse mediale Aufmerksamkeit erzeugt, nebst regionalen Zeitungen haben auch die «NZZ» und das Fernsehen «SRF» ausführlich darüber berichtet. Zudem haben zahlreiche Stimmen aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik deutliche Kritik geäussert. Die Öffentlichkeit erwartet eine zeitnahe politische Einordnung. Zweitens erträgt das Anliegen keinen Aufschub, da sich die Universität bereits mitten in der Umsetzung ihrer Sparmassnahmen befindet. Mit der Abschaffung eines ganzen Fachbereichs werden aktuelle strukturelle Fakten geschaffen. Eine Behandlung des Anliegens im Sommer oder Herbst 2026 ist deshalb zu spät. Drittens ist die Zuständigkeit des Kantons direkt gegeben, die Religionswissenschaften sind seit Jahren ein Aushängeschild der Universität Luzern. Als Träger steht der Kanton in der Verantwortung, seine strategischen Möglichkeiten rechtzeitig zu klären, bevor irreversible Schritte erfolgen. Viertens und fünftens kann das Anliegen bei keinem anderen geeigneten Geschäft eingebracht werden und es wird kein laufendes Verfahren tangiert.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.
Armin Hartmann: Die Regierung bittet Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Der Universitätsrat, der für dieses Geschäft zuständig ist, hat auf Antrag der Fakultät und des Senats entschieden. Die Massnahmen gehen nun in die Umsetzung. Die Umwidmung des Lehrstuhls Religionswissenschaften wird erst 2028 erfolgen. Der zuständige Professor wird Ende 2026 emeritiert. Deshalb wird sich an der Ausgangslage bis zu den nächsten Sessionen nichts ändern. Wir können über diesen Vorstoss sehr gut an einer der nächsten Sessionen

miteinander diskutieren.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 81 zu 35 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.